

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/237

11. Dezember 1972

Brandts Appell an die SPD

Mahnung, Warnung und Signal für heute und morgen

Seite 1 und 2 / 45 Zeilen

"Heidelberg" alles andere als ein Vorbild

Notwendige Feststellungen zur Hochschulpolitik der "Union"

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Rehabilitationspolitik "aus einem Guss"

Bessere Ressort-Organisation erforderlich

Von Eugen Gierbig MdB

Seite 5 und 6 / 14 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 129 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 90 37 - 38
Telex: 686 946 / 686 847
686 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 56 11

Brandts Appell an die SPD

Mahnung, Warnung und Signal für heute und morgen

Mehr als 100 politisch prominente Frauen und Männer der sozialdemokratischen Führungsgremien haben am Sonntag im Bonner Bundeshaus einen Willy Brandt erlebt, den sie sich - je nach Statur und Temperament - schon manchmal hier und da oder gar öfter gewünscht hatten: einen Parteivorsitzenden, der in einer nichts und niemanden schonenden Deutlichkeit und Direktheit die realen Fakten dorthinsetzte, wohin sie gehören. Der tiefe Eindruck, den diese, mit der ganzen Leidenschaft des verantwortlichen Spitzenmannes gestaltete Einstundenrede hinterlassen mußte und hat, wird den Weg und den Kurs der Partei und ihrer Fraktionen im Bundestag, in den Landtagen und in den Gemeinden auf lange Zeit hinaus bestimmen.

Brandt zog mit seiner beschwörenden Warnung vor jedweder "Fraktionsbildung" - gleichgültig welcher politischen Seitenrichtung und welcher Motivierung auch immer - die harte Bremse für mögliche und in Einzelfällen auch schon sichtbare Entwicklungen, die, so sagte es der Parteivorsitzende mit dürren Worten, unweigerlich zur Selbstzerstörung führen müßten. Das hat nichts mit Strömungen zu tun, die in einer Partei dieser für eine Demokratie erstaunlichen Größenordnung - die Mitgliederzahl marschiert auf die Million zu - ganz selbstverständlicherweise gegeben sind und die nützlich sind, wenn sie, das Anpeilen des Gesamtinteresses vorausgesetzt, einer progressiven Entwick-

wicklung der Sozialdemokratie durchaus förderlich sein können oder jedenfalls sollten. Aber diese Partei hat in ihrer Jahrhundert-Geschichte auch schon organisierte Fraktionsbildungen gekannt und erleben müssen, und alle diese Fraktionen haben der großen deutschen Arbeiterbewegung und der SPD immer nur geschadet: mit allen historisch bekannten Konsequenzen.

Die Warnung des Parteivorsitzenden vom 10. Dezember 1972 setzte einen Punkt, an dem niemand mehr sich oder andere vorbeireden kann, und sie war ein Signal, das jeder Sozialdemokrat - wo immer er auch steht und welcher Generation er angehört - zu bedenken und zu beachten hat. Die in ihren Ausmaßen und Aspekten geradezu erschreckend große und weitgespannte Aufgabe, die das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler von 19. November 1972 vor allem der und gerade der SPD aufgeladen hat, darf nicht enttäuscht oder gar gefährdet werden. Vier Jahre harte Arbeit für diese soziale und fortschrittliche Demokratie ausschließlich westlicher Frägung werden alle verfügbaren Kräfte der Partei und ihrer Fraktion pausenlos herausfordern und voll in Anspruch nehmen. Von dem Erfolg bei dieser Arbeit hängt heute schon das Ergebnis des Wahltages des Jahres 1976 ab. Und der weitere Weg der Bundesrepublik Deutschland und seiner Gesellschaft nach vorn und nach oben ist an einen neuen Wahlsieg der SPD gebunden.

Aus allen so denkbaren und verfügbaren Gründen ist es unvorstellbar, daß es einen Sozialdemokraten gäbe, der den Appell seines Parteivorsitzenden nicht beherzigt und befolgt: im Interesse des Volkes, des Staates und der Partei.

(ee/11.12.1972/bgy/ee)

+ + +

"Heidelberg" alles andere als ein Vorbild

Notwendige Feststellungen zur Hochschulpolitik der "Union"

Der baden-württembergische CDU-Kultusminister Prof. Dr. Wilhelm Hahn hat in der vergangenen Woche vor jedermann demonstriert, was nach einem Wahlsieg von CDU/CSU auf hochschulpolitischen Sektor bundesweit zu erwarten gewesen wäre. Die Unruhen an der Heidelberger Universität, seit langem latent schwellend und jetzt ausgelöst durch den Polit-Eifer des Ministers, der Hunderte von Polizisten einsetzen ließ, um eine kleine Gruppe politischer Extremisten mundtot zu machen, dürfen nicht als lokales Ereignis betrachtet werden. Sie sind symptomatisch für die Hilflosigkeit von CDU und CSU auf dem schwierigen Gebiet der Bildungs- und Hochschulpolitik.

Was sich in der vergangenen Woche in Heidelberg abspielte, ist der im Wahlkampf versprochene, auf Stabilität gebaute Fortschritt à la "Union". Prof. Hahn hat mit der polizeilichen Abriegelung der Heidelberger Universität den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel weit überzogen. Er hat es ermöglicht, daß eine kleine Zahl von Extremisten, die sich jahrelang vergeblich um die Solidarisierung der großen Mehrheit der studier- und reformwilligen Kommilitonen bemüht hatten, ihr Ziel jetzt erreicht hat: Vorlesungsboykotte und Solidaritätskundgebungen, Streiks und Demonstrationen nicht nur in Heidelberg, sondern im ganzen Bundesgebiet. Hahn hat vorhandene Unruhe geschürt und dieser zum Ausbruch verholfen. Sein Verdienst ist es, dem politischen Extremismus, der bei der Bundestagswahl eine klare Abfuhr bekommen hatte, die Chance einzuräumen, sich an den Hochschulen neu entfalten zu können.

Entweder fehlte Prof. Dr. Hahn beim Aufmarsch der Polizei auf den Heidelberger Universitäts-Campus das nötige Augenmaß, oder - was zu befürchten ist - die baden-württembergische CDU-

Landesregierung hat den Konflikt gewollt, um ein Scheitern der Universitätsreform lauthals verkünden zu können. Heidelberg also ein bewußt geschürter Konflikt, eine Alibifunktion für die Rückkehr zur Ordinarien-Universität, zu Privilegien für einige wenige, Rückkehr zum hochschulpolitischen Konservativismus, zur Reaktion?

Angesichts des Polizeieinsatzes auf dem Heidelberger Campus erinnert man sich unweigerlich an das Barzel-Wort, das dieser nach seiner überstürzten und nur propagandistisch erklärbaren Eil-Rückkehr von seinem Portugal-Urlaub in die Bundesrepublik sagte: "Dieses Land ist nicht in Ordnung!". Hier muß jetzt gefragt werden: Wollen CDU und CSU an unseren Hochschulen etwa die "Ordnung" schaffen, die an griechischen, spanischen oder portugiesischen Universitäten herrscht?

Diese Ordnung brauchen und wollen wir sicherlich nicht. Wir brauchen an unseren Hochschulen Reformen mit Augenmaß, wozu der Abbau konservativer Privilegien genauso gehört wie die Abwehr radikaler Agitation und Gewalttätigkeit. Wir brauchen ein Hochschulrahmengesetz, das nicht wie in Baden-Württemberg, in Bayern oder Schleswig-Holstein die Konflikte zwischen den Gruppen der Hochschule verschärft; sondern das eine kooperative Zusammenarbeit aller Beteiligten innerhalb und außerhalb der Universitäten ermöglicht.

Ob CDU und CSU hier bereit sind, in den nächsten Jahren sinnvoll mitzuarbeiten, muß nach den Rahn-Aktivitäten, nach den Vorstellungen des bayrischen CSU-Kultusministers Prof. Dr. Hans Maier oder seines schleswig-holsteinischen CDU-Kollegens Prof. Dr. Walter Braun zweifelhafter denn je erscheinen. Die hochschul- und bildungspolitische Opposition im Bundestag wird von den kulturpolitischen Landesfürsten von CDU und CSU eingestimmt, noch ehe sich das Bonner Parlament konstituiert hat.

Gode Japs

(-/11.12.1972/ks/ex)

Rehabilitationspolitik "aus einem Guß"

Bessere Ressort-Organisation erforderlich

Von Eugen Glombig MdB

Die Ein- oder Wiedereingliederung der Behinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Rehabilitation) ist eine sozialpolitische Aufgabe, die in den letzten Jahren auch in der Öffentlichkeit immer mehr an Bedeutung gewonnen hat und die in den kommenden Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen wird. Abgesehen davon, daß sowohl der Reichsbund als auch der VdK einen stärkeren Ausbau der Rehabilitation seit Jahren zu ihren vorrangigen Forderungen erhoben haben, setzt sich in der breiten Öffentlichkeit - unterstützt durch das Interesse der Massenmedien an diesem Thema - immer mehr die Forderung nach besseren Hilfen für die Behinderten durch.

Diese Entwicklung ist vor allem durch die Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 und das von der Bundesregierung im April 1970 verkündete Aktionsprogramm zur Förderung der Rehabilitation beeinflusst worden. Insbesondere die Regierungserklärung von 1969 ist ein Wendepunkt in der deutschen Rehabilitation. Ihre Aussage "Wir werden besonders für die Mitbürger sorgen, die trotz Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung im Schatten leben müssen. Wir werden um verstärkte Maßnahmen bemüht sein, die den Behinderten in Beruf und Gesellschaft Chancen eröffnen, wo immer dies möglich ist" hat bei den Behinderten und ihren Organisationen große Hoffnungen erweckt.

An diese Aussage der Regierungserklärung von 1969 sollte in der kommenden Regierungserklärung angeknüpft werden. Nach den Grundsätzen "Mehr soziale Gerechtigkeit" und "Bessere Lebensqualität" sollten in den nächsten vier Jahren die sozialpolitischen Bemühungen zur Ein- oder Wiedereingliederung der Behinderten und anderer Randgruppen in die Gesellschaft verstärkt und in den Vordergrund der Innenpolitik der Bundesregierung gestellt werden. In

diesen Bereichen könnte - auch ohne große finanzielle Aufwendungen - noch sehr viel für die betroffenen Menschen in unserem Lande getan werden. Allein die Zahl der Behinderten wird auf über vier Millionen geschätzt. Zu den Randgruppen aber, denen ebenfalls mit den Mitteln und Methoden der Rehabilitation geholfen werden könnte, zählen auch z.B. die Obdachlosen, die Jugendlichen in Fürsorgeerziehung, die Drogengeschädigten, die zu resozialisierenden Strafgefangenen usw.

Wegen der vielfältigen Verflechtungen der genannten Bereiche und der damit verbundenen komplizierten Zuständigkeitsregelungen ist eine wirksame Inangriffnahme der dringenden Probleme nur möglich, wenn die Kompetenzen in den einzelnen Bereichen eindeutig geklärt und damit auch eindeutige Verantwortlichkeiten festgelegt werden. Die Notwendigkeit hierfür läßt sich am Beispiel der Rehabilitation sehr deutlich nachweisen.

Auf Bundesebene liegt das Schwergewicht der Zuständigkeiten der Rehabilitation (Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge, Sozialversicherung, berufliche Rehabilitation nach dem Arbeitsförderungsgesetz als Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Ein kleinerer Teil der Zuständigkeiten (Sozialhilfe und ein Teilbereich der medizinischen Rehabilitation) liegt beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Dabei hat sich gezeigt, daß Initiativen in einzelnen Bereichen der Rehabilitation, z.B. bei der beruflichen Rehabilitation - obwohl sie gut und notwendig sind - in der Öffentlichkeit die erhoffte Würdigung dann nicht finden, wenn in anderen Teilbereichen der Rehabilitation, z.B. bei der Eingliederung der Kinder, nicht genügend geschieht. So sind im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung für die berufliche Rehabilitation zwar richtungsweisende Planungen entwickelt und zum Teil auch schon verwirklicht worden; für die medizinische Rehabilitation jedoch, z.B. für die Früherkennung und Früherfassung der behinderten Kinder und für die Einführung einer Meldepflicht, fehlt es bisher an Plänen und Programmen zur Lösung dieser dringenden Probleme.

Die unterschiedlichen Zuständigkeiten in der Rehabilitation machen sich deshalb so störend bemerkbar, weil alle Probleme der Rehabilitation in einem inneren Zusammenhang stehen und sich die einzelnen Bereiche der Rehabilitation nur schwer gegeneinander abgrenzen lassen. Obwohl die Rehabilitation nahtlos verlaufen soll, müssen unter dem Gesichtspunkt der ressortmäßigen Zuständigkeiten häufig dort Trennungsstriche gezogen werden, wo diese sachlich nicht gerechtfertigt sind. Die doppelten Zuständigkeiten verhindern eine Rehabilitationspolitik "aus einem Guß". Das sollte für die Zukunft vermieden werden.

11.12.1972/ks/ex)